

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	75
		TOP:	19
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	07.07.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / as		
Betreff:	Sachstandsbericht zur Wärmeleitplanung und Vorstellung der Studie zur Geothermie - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

Herr Dr. Görres betont eingehend, ursprünglich sei die Teilnahme von Herrn Hummel (Stadtwerke Stuttgart, SWS) zu diesem Tagesordnungspunkt vorgesehen gewesen. Es sei schließlich Wunsch des Gremiums gewesen, gemeinsam einen Zwischenbericht zum Sachstand der kommunalen Wärmeplanung vorzustellen. Herr Hummel sei allerdings kurzfristig erkrankt. Im Layout der Präsentation gehe hervor, dass das Logo der LHS gemeinsam mit den Logo der SWS aufgeführt sei.

Daraufhin berichtet Herr Dr. Görres im Sinne der angehängten Präsentation.

BM Pätzold kündigt an, ein Gespräch mit Mitgliedern des Ausschusses für Klima und Umwelt (AKU) gemeinsam mit den SWS nach der Sommerpause führen zu wollen. Wichtig sei die Botschaft, bis Ende des Jahres einen Beschluss zur Wärmeleitplanung herbeizuführen. Diese solle alle zwei Jahre fortgeschrieben werden.

Aufgrund der Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg müsse die Stadt die Wärmeplanung bis zum Ende des Jahres fertigstellen, betont StR Peterhoff (90/GRÜNE). Das von Herrn Dr. Görres dargestellte Vorgehen sei richtig. In einer der vergangenen Sitzungen sei bereits über die Ramboll-Studie diskutiert worden und nun herrsche bei der Fernwärme nahezu Klarheit. Es sei erläutert worden, die Steckbriefe bis ins Detail herunterbrechen zu wollen. Den Eigentümer*Innen müsse die Möglichkeit an die Hand gegeben werden, die gesamten Informationen u. a. bei einer großen Veranstaltung zu geben. Die von Herrn Dr. Görres dargestellten Karten seien positiv zu bewerten und beim Thema Verdichtung sei eine Darstellung über die Erweiterungsgebiete der Fernwärme gezeigt worden. Auf der anderen Seite bestehe eine übersichtliche Fernwärme-karte. Es bestünden Bereiche, in denen eins zu eins Fernwärme und Gas übereinander-lägen. Daher werde eine zweite Sicht benötigt, auf der die genaue Abdeckung der Fernwärme deutlich werde. Dies stehe in Konkurrenz mit den Ausbaugebieten bzw. den Erweiterungsgebieten. Nach einer bestimmten Priorisierung müssten die Nachverdich-tungsgebiete und die Erweiterungsgebiete definiert werden.

Herr Dr. Görres betont hierzu, in den Bereichen der bestehenden Fernwärmenetze bestehe bedauerlicherweise eine nahezu vollständige Gasversorgung. Es habe hierbei eine Konkurrenz innerhalb des eigenen Unternehmens zwischen der Fernwärmesparte und der Gassparte bestanden. Die Stadt Stuttgart habe ehemals über eine Ferndampf-leitung verfügt, die stillgelegt worden sei. In dieser Zeit habe eine einfache Entschei-dung bestanden: Alle Gebäude sollten an das Gasnetz angeschlossen werden, da dieses bereits vorhanden gewesen sei. Dänemark sei bei den Wärmenetzen weiter, da eine entsprechende Entscheidung hierzu bereits in den 1970er Jahren getroffen worden sei. Dagegen sei in der LHS damals anders entschieden worden, wodurch nun erst die Umstellung durchgeführt werden müsse.

StR Peterhoff betont bezüglich der Geothermie, bedauerlicherweise beständen in der LHS keine allzu hohen Wassertemperaturen im Untergrund bzw. keine Wasserführung ab einer gewissen Tiefe. Zumindest sei an denjenigen Stellen, an denen sich kein Fernwärmenetz befinde, ein Potenzial für Geothermie wie auf den Fildern vorhanden. Dort eigneten sich Gebiete ideal wie beispielsweise in Plieningen, wo sich ein klassi-sches Ölheizungsgebiet befinde. Daher könne in diesem Bereich ein kleines Nahwär-menetz angegangen werden und ein Pilotvorhaben mit einer Tiefenbohrung umgesetzt werden. Herr Dr. Görres betont, in Plieningen könne kein komplettes Nahwärmenetz errichtet werden, sondern es beständen Einzellösungen, die den Bau der Leitungen in den Straßen und deren Aufriss obsolet machten. Die entsprechenden Erdsonden be-fänden sich dann auf den jeweiligen Grundstücken.

StR Sakkaros (CDU) äußert sein Lob für die Arbeit der Verwaltung. Es sei interessant, bis zu welcher Tiefe eine Oberflächengeothermie möglich sei. Die von Herrn Dr. Görres erwähnte Tiefe von 250 Metern entspreche in etwa der Höhe des Thyssen-Krupp-Turms bei Rottweil. Vier bis sechs Mal tiefer spiele sich die Tiefengeothermie ab. Es sei beachtlich, welch großes Potenzial in dieser Tiefe stecke. Es stelle sich die Frage, wie wirtschaftlich die Tiefengeothermie aufgrund der Problematik der Verrohrung bzw. des Abkühlens des Wassers sei. Nach Auffassung des Stadtrats sei bei der Oberflächenge-othermie eher ein Potenzial vorhanden, da hier wesentliche höhere Temperaturen herrschten. Schlussendlich sei der Aspekt der Kosten wichtig. Herr Dr. Görres betont hierzu, die Tiefengeothermie sei um den Faktor fünf bis neun schlechter als die Ober-flächengeothermie zu bewerten.

StR Sakkaros betont, es sei lobenswert, nach der Sommerpause eine Schwerpunktsitzung in Bezug auf dieses Thema durchzuführen. Diese sei erforderlich, um die Fragen und Anregungen mit den SWS zu vertiefen. Auf die Frage des Stadtrats nach dem Zeitpunkt der erwähnten notwendigen Probebohrung auf der Stuttgarter Gemarkung betont Herr Dr. Görres, in Frankfurt sei eine entsprechende Probebohrung bereits vor eineinhalb Jahren gestartet worden und sei noch nicht fertiggestellt. Das Bohrgerät habe mehrfach ausgetauscht werden müssen, da in einer großen Tiefe gebohrt worden sei. Daher könne über den Zeitpunkt der Stuttgarter Probebohrung keine Prognose angegeben werden. Allerdings werde eine Bohrung so zügig wie möglich angegangen, da das Potenzial erschlossen werden müsse.

Er wolle sich ausdrücklich dem Lob seiner Vorredner anschließen, betont StR Dr. Jantzer (SPD). Über die Strategieentscheidung der SSB und der SWS sei zwar diskutiert worden, aber der Wert sei zu unterschätzen, dass aus Ingenieurssicht eine derartige Grundlage geschaffen worden sei. Ein großer Aufwand sei in den letzten mindestens eineinhalb Jahren hierzu betrieben worden. Die Vorlage sei eine bedeutende Unterlage für die zukünftigen Grundlagen in der LHS, um geeignete Entscheidungen treffen zu können. Bei dem Gebäudeenergiegesetz sei erkannt worden, wie kritisch eine Überforderung der Menschen in der Kommunikation und Herangehensweise sei. In der Kommunikation zu der Neckarwärme sei erst in dieser Woche eine Stellungnahme abgegeben worden. Gemeinderat und Verwaltung seien sich einig, alle Möglichkeiten zur Erschließung der Potenziale im Stadtgebiet für die Bürgerschaft ausschöpfen zu müssen. Schließlich reduziere die Wärme über die Netze die Aufregung und Überforderung bei den Menschen. Auch wenn zahlreiche Gebiete bei den Netzen vorlägen, werde die Geschwindigkeit der Erreichung der Klimaneutralität insgesamt erhöht. In zahlreichen Gebieten stelle dies die beste Lösung dar. Daher handle es sich nicht lediglich um eine technische oder kaufmännische Frage, sondern um eine politische Frage, wieviel Energie die Stadt aufbringen wolle, um diese leitungsgebundene Wärmeverteilung möglichst vielen Nutzer*innen verfügbar zu machen. Es sei von der Verwaltung ausgesagt worden, diese nehme sich eine Ausarbeitung der Wärmewendestrategie vor. Dies bedeute, nicht lediglich eine Wärmeplanung vorzulegen, sondern eine Umsetzung durchzuführen.

Das Layout der Präsentation von Herrn Dr. Görres sei sehr positiv zu bewerten, da hier sowohl die SWS als auch die LHS gemeinsam mit ihren Logos aufgeführt seien. Es beständen nun realistische Chancen, aus eigener Kraft die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen. Die Fortschreibung der Wärmeplanung alle zwei Jahre sei zwar begrüßenswert, allerdings sei der nun vorliegende erste Entwurf sehr relevant, u. a. im Zusammenhang mit dem Gebäudeenergiegesetz. Schließlich werde der Entwurf die Investitionsbereitschaft der einzelnen Menschen stark beeinflussen. Daher sei die Beteiligung der Bürgerschaft sehr wichtig. Das Verlegen der Leitungen für die Wärmenetze in den Straßen führe zu nervenaufreibenden Umfahrungen der Bürgerinnen und Bürger und belaste die Anwohnerschaft entsprechend. Mit der Wärmewende investiere die Stadt ebenso in die Wärmeverteilung und Wärmeerzeugung. Für den einzelnen Nutzer ergebe sich daher ein Wechsel in einen anderen Anschluss. Daher müssten die Investitionsmöglichkeiten für die Menschen im Rahmen gehalten werden. Im anstehenden zweiten Halbjahr müssten diese Aspekte aus Sicht der Bürgerschaft diskutiert werden. In diesem Zusammenhang sei die Zusage von PM Pätzold wichtig, hierüber entsprechende intensive Gespräche zu führen. Schließlich stelle das Thema keine Aussage lediglich der Stadtverwaltung dar, sondern vielmehr des gesamten Gemeinderats, der Ende des Jahres eine für die Bürgerschaft relevante Entscheidung fällen müsse. Daher

müssten klare transparente Kriterien darüber formuliert werden, warum der eine Nutzer ein Wärmenetz als Potenzial erhalte und der andere nicht. Eine Großveranstaltung zu diesem Thema sei zwar begrüßenswert, aber zumindest in den Bereichen der geplanten zu errichtenden Wärmenetze solle besser vor Ort in Details gegangen werden. Die von der Verwaltung vorgestellte Vorgehensweise wolle er dabei aber nicht in Frage stellen, betont StR Dr. Jantzer. Schließlich müsse vor der Durchführung einer Bürgerbeteiligung ein Grundkonzept vorhanden sein. In der terminlichen Frage stehe die Stadt unter einem enormen Zeitdruck, da mit der Umsetzung der entsprechenden Planungen und Maßnahmen in den letzten Jahren nicht rechtzeitig begonnen worden sei.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, die Präsentation von Herrn Dr. Görres habe im Wesentlichen aus zwei Teilen bestanden: Zum einen handle es sich um einen aktuellen Bericht zum Thema Geothermie und des Weiteren um den Bereich der Wärmestrategie mit den entsprechenden Karten. Das Bild über diese Aspekte werde zunehmend konkreter und interessanter. In Bezug auf den Gesamtprozess sei das Gremium zwar sehr exklusiv beteiligt, was jedoch auf die Öffentlichkeit nicht zutreffe. Die Wärmeleitplanung müsse daher frühzeitig mit der Bürgerschaft und den Trägern öffentlicher Belange usw. erfolgen. Er interpretiere die Präsentation in der Art, dass deren Inhalte nach der Sommerpause in den entsprechenden Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert werden sollten. Es sei dann wichtig, diese frühzeitige Beteiligung argumentativ gut darzustellen. Nach Auffassung des Stadtrats handle es sich um eine sehr späte Beteiligung der Akteure der Stadtgesellschaft, die später für das Vorhaben gewonnen werden müssten. Die Beteiligung müsse mehrstufig gestaltet werden und es sei fraglich, ob beispielsweise eine große Veranstaltung im Rathaus oder eine Anhörung zur Wärmeplanung per E-Mail hierfür ausreiche.

Das Ergebnis des Aspekts der Geothermie sei wesentlich für die Beantwortung der Frage, an welchen Stellen welche Art der Energie genutzt würde. Im Rahmen der erneuerbaren Energien stelle die Geothermie eine von mehreren Varianten dar. Die auf Seite 14 der Präsentation dargestellte Karte zeige, dass nicht viele Wärmenetze beständen. Dabei habe StR Dr. Jantzer die Vorteile eines Wärmenetzes dargestellt, wie beispielsweise die Erstellung der Infrastruktur über die öffentliche Hand gemeinsam mit den SWS. Somit könnten der Bürgerschaft zahlreiche Sorgen und kleinstrukturierte Entscheidungen abgenommen werden. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger seien in der Karte bezüglich des Potenzials an Wärmenetzen noch nicht erfasst. Für diese werde zügig eine Einzellösung benötigt. Je konkreter das Thema für die Bürgerschaft werde, desto mehr Sprengstoff beinhalte es. Zu einer Klima- und Wärmestrategie gehöre die Beantwortung der Fragestellung, wer die Akteure der Umsetzung seien. Genau wie die Ausstattung der SWS müssten die Quartiere gehoben und mit der EnBW müsse über eine entsprechende Nachverdichtung diskutiert werden. Generell sei eine quartiersbezogene aufsuchende Beratung nötig. Ihn habe es aus gesamtgesellschaftlicher Sicht schockiert, dass die gesamte Bundesregierung durch das Gebäudeenergiegesetz vorgeführt worden sei, betont StR Rockenbauch. Die mögliche Installation einer Wärmepumpe sei mit dem mehrheitsfähig gewordenen Begriff "Öko-Diktatur" bezeichnet worden. Nach Auffassung des Stadtrats würden diese Streitereien und Konflikte in der LHS ebenso auftreten. In Bezug auf die Geothermie sei die dargestellte Auffächerung durch die Verwaltung begrüßenswert. StR Rockenbauch zufolge müssten die Testprojekte zügig durchgeführt werden, um Erfahrungen zu sammeln. Er hoffe, dass die Umsetzung der Geothermie möglich sei und diese nicht gänzlich fallengelassen werde, da sonst nicht klar sei, wie die benötigten Quellen der regenerativen Energien zustanden kommen sollten. Angesichts des möglichen Umfangs der Heizleistung bestehe die Hoffnung

auf eine zentrale Energieversorgung für mehrere Haushalte. Herr Dr. Görres gibt zu bedenken, mit 210 KW könne kein gesamter Stadtteil versorgt werden, sondern lediglich rund 20 Einfamilienhäuser.

Auch StR Ozasek (PULS) schließt sich dem Dank seiner Vorredner an die Verwaltung an. Man befinde sich auf der Zielgeraden eines Prozesses, der im Jahr 2015 mit dem damaligen Konzept "Urbanisierung der Energiewende" initiiert worden sei. Daher sei der Prozess deutlich früher angegangen worden, bevor der Gesetzgeber die Pflicht für die großen Städte in Baden-Württemberg auferlegt habe. Aufgrund der gesamten Methodik der Verwaltung handle es sich um einen mustergültigen Prozess, von dem andere Kommunen deutschlandweit lernen könnten. Nach Auffassung des Stadtrats sollten auch andere Kommunen an den Erfahrungen der LHS partizipieren. Derzeit würden diesen vom Bundesgesetzgeber entsprechende Verpflichtungen auferlegt. Ein Wissenstransfer solle mit den erforderlichen Ressourcen in die kommunale Familie hintransferiert werden. Herr Dr. Görres betont, diesbezüglich häuften sich die Anfragen bei der Verwaltung.

StR Ozasek betont, die enge Abstimmung bei der Steuerung des Prozesses der Wärmeversorgung zwischen dem Amt für Umweltschutz und den SWS und die Definition des Zielbilds der Wärmeversorgung sei sehr zu begrüßen. Nun müssten die Folgeschritte begangen werden: In der heutigen Sitzung erfolge mit der Berichterstattung unter diesem Tagesordnungspunkt ein wichtiger Meilenstein. Im Dezember werde die Berichterstattung durch den Grundsatzbeschluss abgeschlossen und danach müsse der Prozess operationalisiert werden. Bezüglich der Gebäudemodernisierung würden die von der Verwaltung erstellten Steckbriefe pro Gebäude für die Energieberatung sehr wesentlich sein. Die Förderprogramme müssten zielgerichtet auf das Zielbild der Wärmeversorgung erneut ausgerichtet werden, damit nicht in jedem Bereich alle Maßnahmen gefördert würden, sondern nur dort gezielt gefördert werde, wo eine Eignung für das Wärmenetz bestehe und dort, wo die Wärmepumpe einen geeigneten Weg darstelle. Es sei zu hoffen, dass die Verwaltung dies eigeninitiativ vorbringe, ansonsten werde seine Fraktionsgemeinschaft dies als Folgeschritt im neuen Jahr beantragen. Auch die Aufnahme der Sanierungsgebiete in die Planung sei zu begrüßen. Diese sollten als Fokusgebiete der Wärmewende definiert werden, was in zwei interfraktionellen Anträgen deutlich gemacht worden sei. Die Berichterstattung durch die Verwaltung habe bislang noch ausgedauert, dennoch sei nun bekannt, dass der Inhalt der Anträge Eingang in den Prozess gefunden hätte. Es beständen die Förderkulisse und die Beteiligungsmechanismen vor Ort, um die Menschen einzubinden und zu informieren. Mit dem Thema der Geothermie verbinde seine Fraktionsgemeinschaft viele Hoffnungen, da in der Stadt ein hoher Nutzungsdruck mit zahlreichen Nutzungskonflikten und eine begrenzte Fläche beständen. Diese Problematik könne durch einen punktuellen Eingriff umgangen werden, welcher der Stadt ein immenses regeneratives Energiereservoir erschließe. Nach Auffassung des Stadtrats lohne es sich, in die Probebohrungen einzutreten und hierbei Erfahrungswerte zu sammeln. Die Netze lieferten außer der Wärme auch potenziell Kälte in Hitzesommern und tropischen Nächten. Hinsichtlich der von Herrn Dr. Görres erwähnten Rücklauftemperatur von lediglich 13° C sei er bislang der Auffassung gewesen, das System sei in der Art und Weise aufgesetzt, dass ein Injektionssystem bestehe, welches sehr leicht die Energie aufnehmen könne, und die zweite Bohrung ein hochdämmendes System darstelle, welches die Temperaturen an die Oberfläche transportiere. Er sei verwundert über diese derart hohen Transmissionswärmeverluste.

Herr Dr. Görres erklärt sich ebenso überrascht über die niedrige Temperatur. Bei einer Simulation eines Rohrs und eines Wärmetauschers sowie der Vorgabe einer gewissen Strecke hätten sich diese Temperaturen gezeigt. Daraufhin erläutert er den Einfluss der Tiefe der Bohrung auf die Wassertemperaturen.

StR Ozasek weist darauf hin, dass generell nun der grassierenden Desinformation in Bezug auf das erneuerbare Wärmesystem entgegengetreten werden müsse. Die Akteure des traditionellen Energiesystems versuchten, sehr viel Unsicherheit in der Bevölkerung zu erzeugen. Ausgehend von der "Road-Map", die im Dezember beschlossen werde, müsse in eine Offensive gegangen werden. Hierbei solle dargestellt werden, wie die Wärmewende nicht nur technisch, sondern ebenso sozial erträglich für alle Bürger*innen in der Stadt gestaltet werden könne. Hierbei müsse die Stadt Lösungen zur Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2035 aufzeigen.

StR Zaiß (FW) warnt davor, der Bevölkerung die Klimaneutralität vorzuschreiben, ohne die Kosten mitzuteilen. Nach Einschätzung des Stadtrats gingen große Teile der Bevölkerung davon aus, dass die Erreichung der Klimaneutralität nicht mit zusätzlichem Kostenaufwand verbunden sei. Die Geothermie-Tiefenbohrungen sowie die entsprechenden Anlagen verursachten hohe Kosten. Wenn Mieterstrom auf dem Dach installiert werde, werde dieser Strom trotzdem nicht günstiger, da die Anlage bezahlt werden müsse. In gleicher Weise verhalte es sich auch mit der Geothermie, bei der sich die Geschwindigkeit deren Umsetzung noch zeigen werde. Herr Dr. Görres betont, die Verwaltung führe stets eine Vollkostenrechnung durch und berücksichtige dies bei allen Baumaßnahmen für die Wärmeleitungen. Diese würden mit dem aktuell bestehenden Energieversorgungssystem verglichen. Falls der derzeit hohe Gaspreis auf Dauer bestanden hätte, wäre die Motivation zu einer Umstellung der Wärme vorhanden gewesen. Je unabhängiger man von diesen Preisentwicklungen sei, desto besser sei man für die Zukunft aufgestellt.

Der Verwaltung sei es wichtig gewesen, noch vor der Sommerpause diesen Bericht vorzulegen, so BM Pätzold. Dies stelle für die Bevölkerung ein deutliches Zeichen dar, dass sich die Stadt in den Planungen befinde und bis Ende des Jahres eine diesbezügliche Verlässlichkeit vorlege. Gemeinsam mit den SWS bestehe ein Partner, mit dem in die Umsetzung gegangen werde. Die Wärmenetze böten eine Chance einer gemeinsamen Energieversorgung, die es ermögliche, lokal und regional erzeugte Energie nachhaltig zu nutzen und die Abhängigkeit von fossilen Energien aus Krisenregionen zu verringern. Das letzte Jahr habe deutlich gezeigt, dass bei Schwierigkeiten in der Energieversorgung die diesbezüglichen Preise sofort stiegen. Eine lokale und regionale Energieversorgung biete dagegen eine gewisse Verlässlichkeit, aber zuvor seien hohe finanzielle Investitionen notwendig. Daher sei die Einbindung der SWS wichtig gewesen, da aufgrund der Leitungsaufgrabungen eine entsprechende Kommunikation vor Ort nötig sei. Ebenso böten die Nahwärmenetze der Bürgerschaft eine Chance, von einer Einzelversorgung abzukommen und sich einer gemeinsamen vorteilhaften Versorgung anzuschließen. Für die Stadt sei es wichtig, die bereits bestehenden Förderprogramme nach außen zu kommunizieren und fortzuschreiben. Mittlerweile beständen Förderprogramme u. a. zum Anschluss an die Nahwärmeversorgung, zum Wärmepumpenaustausch, zum Heizungstausch sowie für die energetische Sanierung. Es stelle eine zentrale Botschaft dar, die Bürgerschaft finanziell zu unterstützen.

Von der Geothermie habe er sich im ersten Schritt ebenso mehr erwartet, so der Bürgermeister. Allerdings dürfe dieses Thema nicht fallen gelassen werden, sondern es müsse weitergeführt werden. Schließlich werde derzeit im Energiebereich oder im Bereich der Anlagentechnik deutlich, dass dort technische Fortschritte und mehr Effizienz erzielt würden. Möglicherweise sei ein Thema, welches momentan noch nicht attraktiv sei, in einigen wenigen Jahren lohnenswert. Daher solle in der LHS jedes Potenzial zur Nutzung nachhaltiger Energie genutzt werden, da dadurch der Energiebezug reduziert werde. Wie u. a. von StR Rockenbauch ausgeführt, müsse die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung und -information im nächsten halben Jahr geprüft werden. Falls das Gebäudeenergiegesetz im Bundestag beschlossen werde, müsse die Bürgerschaft hierüber informiert werden und eine Personalstelle im Bereich der Energieberatung geschaffen werden.

Herr Dr. Görres ergänzt in Bezug auf die mehrfach geäußerte Sorge der Überforderung der Bürgerschaft bei der Wärmewende, die Verwaltung habe zunächst keine Detailinformationen über dieses Thema gestreut. Das Vorgehen müsse zunächst mit den SWS abgestimmt werden, da erst die konkreten Informationen bekannt sein müssten. Die mögliche Überforderung der Bürgerschaft zeige sich in zahlreichen anderen Bereichen. Die Verwaltung müsse bei der Wärmepfung eine Vollkostenplanung durchführen. Dabei dürften die Kosten zum Bau einer Nahwärmeleitung nicht einfach ignoriert werden, sondern müssten bei einem Anschluss mitberechnet werden. Falls alle Straßen in der LHS in den nächsten Jahren aufgerissen würden, würde dies ebenso eine Art der Überforderung der Bevölkerung darstellen. Daher sei es wichtig, die Maßnahmen mit den SWS zunächst abzuwägen.

Bezüglich der angesprochenen Beteiligung betont Herr Dr. Görres, in der Vergangenheit seien bereits die für die Verwaltung relevanten Akteure beteiligt worden. Den quartiersbezogenen Ansatz nehme die Verwaltung auf. In den Doppelhaushaltsplanberatungen sei eine Fortsetzung der quartiersbezogenen Sanierungsthemen vorgesehen. Bezüglich einer Anpassung der Förderprogramme erklärt Herr Dr. Görres, falls ein Nahwärmenetz in einem Gebiet errichtet werde, dürfe keine Förderung mehr für eine Einzelwärmepumpe gewährt werden. Vielmehr werde in diesem Fall der Anschluss an die Nahwärme gefördert.

Herr Körner (S/OB) ergänzt, BM Pätzold habe auf die rasche Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung hingewiesen. Aus dem Klimafahrplan sei bekannt, dass zur Zielerreichung zahlreiche Gebäudeeigentümer zur Umstellung auf Wärmenetze motiviert werden müssten. Das Gebäudeenergiegesetz werde beschlossen und es sei dabei wichtig, dass die Vorgaben für einen Austausch zu klimafreundlicheren Heizungen im Bestand in der LHS erst ab dem 01.07.2026 gelten würden. Sie gälten nicht nur bei Vorliegen eines kommunalen Wärmeplans, sondern zu dem Zeitpunkt, wenn bestimmte Gebiete als Wärmenetzgebiete ausgewiesen würden. In diesem Gebiet trete das Gesetz bereits früher in Kraft. Die Gebäudeeigentümer sollten mit der Wärmeplanung und der Ausweisung von Wärmenetzgebieten unterstützt werden. Dabei solle eine geeignete Option angeboten werden, mit der die Heizungssysteme und die Gebäude zukunftsfähig gestaltet würden.

BM Pätzold habe zu Recht auf die zahlreichen Fördermittel hingewiesen, da diese das Thema Wirtschaftlichkeit und die soziale Frage abfedern sollten. Die Aufgabe der Stadt sei es, in diesem Bereich positiv zu motivieren. Die Wärmenetze sollten ausgebaut und neu errichtet werden, was u. a. auch den Teil der Strategie der SWS darstelle. Die Nahverdichtung im bestehenden Fernwärmenetz sei vor dem Hintergrund des Effekts der CO₂-Neutralität mindestens genauso wichtig. Insgesamt stünden enorme finanzielle Pakete an. Die in der Strategie der SWS aufgerufenen 3 Mrd. EUR seien bekannt und hierbei gehe es nicht um die Fernwärme, sondern um den Aufbau neuer Nahwärmenetze mit lokaler Abwärme bei Vorliegen von erneuerbaren Energien. Die Stadt habe 200 Mio. EUR in die SWSG investiert, damit sie entsprechende Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität umsetzen könne. In die SWS seien bereits 100 Mio. EUR im vergangenen Jahr geflossen. Nun seien im Grund nochmals 400 Mio. EUR über den Beschluss für die SSB mobilisiert worden. Diese finanziellen Kraftakte funktionierten lediglich aus dem Grund, da die Gewerbesteuererinnahmen hoch seien. Der milliardenschwere Investitionsbedarf für die Nachverdichtung der Fernwärme sei in diesen Beträgen keinesfalls enthalten. Bei dem Wunsch, dass die Stadt alle Maßnahmen selber durchführen solle, müsse die Notwendigkeit von Partnern klar sein. Die Stadt werde dieses Vorhaben alleine nicht bewältigen können. Dies bedeute nicht, die Steuerung und Kontrolle in städtische Hand bekommen zu müssen. Aber bei der konkreten Umsetzung werde die Stadt Partner benötigen. Die EnBW befinde sich im Besitz des Landes, welches ein Klimaschutzgesetz beschlossen habe und daher der EnBW entsprechende Vorgaben mache. Aus diesem Grund solle die EnBW als möglicher Partner nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Für ihn sei der Wortbeitrag von Herrn Körner bezüglich der EnBW nicht nachvollziehbar, betont StR Rockenbauch. Schließlich habe die Stadt nichts dagegen einzuwenden, falls die EnBW das Fernwärmenetz verdichten solle. Die EnBW solle der Stadt wieder deren Grundstücke zurückgeben, welche von der LHS kommunal entwickelt würden, wodurch die EnBW Liquidität für die Verdichtung der Fernwärme erhalte. Die Stadt solle Grundstücke am Stöckach und am Neckar erwerben. Es bestehe die Chance, Potenziale an erneuerbarer Energie lokal zu erschließen und sich dadurch von anderen Energieträgern unabhängig zu machen. Er erkundigt sich, ob die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des AKU darstellen könne, welcher Anteil der erneuerbaren Energien lokal erschlossen werden müsse, um die Stadt hiermit im Wärmebereich versorgen zu können. Dadurch ergebe sich eine Abschätzung, wie viele dieser über zwei Jahre laufenden, 1,5 Mio. EUR teuren und 1,5 km tiefen Bohrungen durchgeführt werden müssten. Im Bereich der Fernwärme lägen abgesehen vom Abfall keine erneuerbaren Energien vor.

StR Dr. Jantzer betont, die EnBW stelle durchaus einen Partner für die Stadt dar. Allerdings müsse die LHS die Regie führen, da eine kommunale Wärmeplanung erstellt werde und dabei die Regeln durch die Stadt bestimmt würden. In der Vergangenheit sei ein derartiges gemeinschaftliches Vorgehen über Jahre nicht möglich gewesen. Daher befinde sich die Stadt mit der EnBW in einem Rechtsstreit. Er könne nicht nachvollziehen, dass kein Dekarbonisierungsfahrplan vorliege und der Eigentümer nicht von den hohen Netztemperaturen von etwa 110° C abrücke. Vielmehr müsse auf ein Niedertemperaturnetz auch in den Erweiterungsgebieten umgestellt werden. Ebenso müsse klar ausgesagt werden, wie die Energie perspektivisch erzeugt werde. Es sei nicht zu begreifen, warum die Strategie der Erneuerung der Kraftwerke einfach durchdiskutiert werde. In einigen Jahren werde sich herausstellen, dass dieser Weg auch für die an diesem Netz angeschlossenen Mieter*innen sehr kostspielig sein werde. Es müsse sich gegen eine Erhöhung der Mietpreise eingesetzt werden. Vielmehr sollten Bundesgesetz-

ze verabschiedet werden, die diese Steigerung verhinderten. In dem bestehenden Netz lägen Rahmenbedingungen vor, die in dieser Form nicht fortgeschrieben werden dürften. Auch in den anderen Netzen müsse die Stadt mit Partnern zusammenarbeiten, aber hier ebenso die Regie übernehmen.

Die klaren Vorgaben bei der EnBW und der Stadt seien zu begrüßen, betont StR Peterhoff. Zudem bestehe Einigkeit bei den Zielen und dem weiteren Vorgehen.

BM Pätzold sagt zu, die Verwaltung werde die aufgeworfenen Fragen in der nächsten Sitzung des AKU beantworten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / as

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Wohnen
Stabsstelle Klimaschutz
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 4. Referat T
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand